



Nr. 95.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Erziehungswelle: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Seite 40 Btg.
Reklamen 1.80 Btg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Retursprecher 9.

Samstag, den 24. April 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten Btg. 8.40 vierteljährlich, Postbezugspreis
Btg. 8.10 ohne Bestellgeld.

Die Konferenz in San Remo.

* Wie die Agence Havas gestern meldete, stehen Lloyd George und Nitti der deutschen Forderung auf Zulassung des deutschen Mannschaftebestandes in einer Höhe von 200 000 Mann nicht abgeneigt gegenüber, während Frankreich ein solches Zugeständnis nur gegen weitere „Sicherungen“ machen will. Worin diese Sicherungen bestehen sollen, darüber läßt die französische Presse auch keinen Zweifel. Man will den Maingau auch fernerhin besetzt halten, ja man will sogar das Ruhrgebiet besetzen, um so das ganze deutsche Wirtschaftsleben in die Hand zu bekommen. Lloyd George und Nitti wissen natürlich genau, daß Deutschland weder vom wirtschaftlichen noch vom nationalen Standpunkt aus eine solche Ungeheuerlichkeit zugemutet werden kann, ohne das Land von neuem in eine Lage zu bringen, deren Folgen unabsehbar sind. Auch die Staatsmänner von England und Italien beabsichtigen keineswegs, Deutschland von den ihm im Versailler Vertrag aufgelegten Bedingungen zu entbinden, sie sind aber wenigstens vernunftgemäßen Überlegungen über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Ueberspannung der Forderungen zu überblicken. In Frankreich aber herrscht Hoch, weil dort die seit 50 Jahren propagierte Rücksicht keine Vernunft aufkommen läßt. Wie wenig man in England daran denkt, Deutschland große Zugeständnisse zu machen, das geht aus der englischen Presse unzweifelhaft hervor. Die „Times“ sagt beispielsweise, kein Staatsmann sei ruchlos (!) genug, den Frieden von Versailles zu vernichten oder England und Frankreich einander zu entfremden, die drei Staaten müßten sich in ihren Anschauungen entgegenkommen. Und die „Westminster Gazette“ meint, im Grunde wollen England und Frankreich dasselbe, nämlich die Entwaffnung Deutschlands, sodas es keine Bedrohung für seine Nachbarn bilde, die Bezahlung einer ansehnlichen Summe und — erträgliche Beziehungen zu Deutschland. Wir sehen also, es fällt den anderen Ententestaaten gar nicht ein, ihre Stellungnahme gegenüber Deutschland grundsätzlich zu ändern, sie sind, das müssen wir immer wieder betonen, an der Niederhaltung Deutschlands aus ihren imperialistischen Bestrebungen heraus ebenso interessiert, wie Frankreich, nur sind sie in der Wahl der Mittel bessere Psychologen als die rachschnaubenden Franzosen, denen der Haß jegliche Ueberlegung raubt. Und dann haben nach der Niederwerfung Deutschlands die anderen Ententestaaten eben noch andere Sorgen, und es liegt ihnen daher wenig daran, in Deutschland immer noch einen gefährlichen Brandherd schüren zu sehen, während sie ihre ganze Aufmerksamkeit für den Balkan und den Orient beanspruchen. Der Führer der türkischen Friedensdelegation in San Remo hat mit aller Entschiedenheit erklärt, wenn man die Türkei völlig vernichten wolle, so könne es kommen, daß die ganze muhamedanische Welt sich gegen Europa, d. h. gegen die Westmächte und die imperialistischen Balkanstaaten wende. Das ist keine leere Drohung, und in London und Rom weiß man sie schon richtig einzuschätzen. Dazu kommt noch, daß die Bolschewisten eine solche Entwicklung selbstverständlich lebhaft begrüßen und ausnützen würden.

Uebrigens scheint sich jetzt die Nachricht von einer sog. Kriegserklärung Japans an die Bolschewisten zu bestätigen. Der ganze Feldzug läuft natürlich auf nicht anderes hinaus, als die Befehung Ost Sibiriens durch Japan, das dazu anscheinend von Amerika die Erlaubnis erhalten hat, während wohl die Zeit nicht mehr fern ist, da die Vereinigten Staaten die Hand auf Mexiko legen werden, im stillen Einverständnis mit Japan. Uebrigens dürfte Ost Sibiriens für die Japaner ein Danaergeschenk sein, denn die Herren Angefassen werden bei einem Wiederaufbau Rußlands nicht zögern, sich die Russen als Bundesgenossen gegen Japan zu sichern O. S.

Deutsche Teilnahme an der Konferenz?

Mailand, 24. April. Der „Popolo d' Italia“ meldet, daß der deutsche Geschäftsträger Herr Rom verlassen habe, um, wie man sagt, an der Konferenz in San Remo teilzunehmen.

Deutscher Protest gegen den beabsichtigten Entzug der oberschlesischen Kohle.

Berlin, 23. April. Gegen die von der Entente-Kommission vereinbarte Verteilung der oberschlesischen Kohle erhob die deutsche Regierung schärfsten Einspruch, weil dadurch die Belieferung Deutschlands so schwach sein würde, daß von einer ordnungsmäßigen Kohlenwirtschaft nicht mehr die Rede sein könnte.

Der Verhandlungsstoff.

* Genf, 22. April. Nach den heutigen Pariser Zeitungen, insbesondere nach den Meldungen des „Matin“ aus San Remo geht der Vorschlag Lloyd Georges und Nittis darauf hinaus, daß die Kriegsschädigung Deutschlands genau fest-

gelegt werden soll, ebenso wie die regelmäßigen Zahlungen, die an Frankreich und Belgien geleistet werden sollen. Andererseits soll das besetzte Gebiet eingeschränkt werden. Dagegen sollen Frankreich und Belgien in der Besetzung der Rheinprovinz nicht mehr auf 15 Jahre beschränkt werden, sondern die Freigabe soll von der Bezahlung der letzten Kriegsschädigung abhängig gemacht werden. Selbst gegen diese Vorschläge scheint sich jedoch den französischen Zeitungen zufolge Herr Millerand ganz entschieden erklärt zu haben. Er besteht auf der Aufrechterhaltung der Besetzung Straßburgs und schlägt die Befreiung des Ruhrgebiets vor aus Rücksicht auf die rückständigen Kohlenlieferungen. Die französischen Zeitungen hoffen immer noch, daß es möglich ist, zu einer Verständigung zu kommen, woraus man entnehmen darf, daß schließlich auch die Franzosen etwas nachgeben werden.

Der Grund der anfänglichen Uneinigkeit.

Paris, 23. April. Havas meldet aus San Remo, man sei in der Lage, Aufklärung zu geben über die Ursachen der Uneinigkeit, die sich am Sonntag zwischen den Ministerpräsidenten gezeigt habe. Am Vormittag habe Lloyd George Millerand erklärt, die rationellste Lösung der den Friedensvertrag von Versailles betreffenden Fragen würde sein, eine Konferenz nach Paris einzuberufen, auf der Deutschland vertreten sei. Nachmittags habe Lloyd George den Vorschlag wieder aufgenommen und sei von Nitti unterstützt worden. Millerand habe sich alsdann formell dieser Forderung widersetzt und es sei ihre keine Folge geleistet worden. Die Lage scheint jetzt aufgeklärt und wirklich gebessert.

Lloyd George über seine Haltung gegenüber Deutschland.

San Remo, 24. April. (Neuter.) In einer Unterredung mit Pressevertretern dementierte Lloyd George die Gerüchte von einer Wirtschaftsbloade gegen Deutschland. Ein solcher Vorschlag sei nicht gemacht worden. Es handle sich nur um Zeitungsgerede. Die in Deutschland herrschende Lebensmittelnot sei schon groß genug. Aber der Vertrag müsse durchgeführt werden und die Alliierten müßten zusammenhalten. Deutschland, so fuhr Lloyd George fort, sei gegenwärtig zu schwach, um eine Bedrohung zu sein. Er stellte energisch in Abrede, daß er eine Revision des Vertrags privatim oder öffentlich vorgeschlagen habe.

Eine türkische Drohung.

Mailand, 23. April. Der Führer der türkischen Friedensdelegation in San Remo erklärte einem Vertreter der „Tribuna“, daß er niemals einen Friedensvertrag entgegennehmen könne, der dem türkischen Volke alle Rechte raube, die den anderen Völkern und Nationen zugesprochen wurden und der ihm alle Freiheiten nehme und schließlich Adrianopel den Griechen überlasse. Wenn die Großmächte auf der Durchführung solcher Forderungen bestehen würden, könnten sich eines Tages alle muhamedanischen Streitkräfte gegen Europa richten.

Zur äußeren Lage.

Die englische Arbeiterpartei gegen die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet.

Amsterdam, 23. April. Wie „Allgemeines Handelsblatt“ meldet, hat der Vollzugsausschuß der englischen Arbeiterpartei einen Antrag angenommen, daß gegen die Verwendung von farbigen Truppen im besetzten Gebiet Deutschlands bei den alliierten Regierungen und beim Völkerbund Protest erhoben und Zurückziehung der Truppen verlangt werden soll.

Ungarisch-südslawischer Zusammenstoß.

* Berlin, 24. April. Nach einer Meldung des „B. L.-A.“ aus Wien berichten die Blätter aus Belgrad, daß bei Mariathersianopel bewaffnete ungarische Banden südslawische Soldaten überfielen. Bei dem Kampfe gab es viele Tote.

Die Revolution in Mexiko.

Amsterdam, 23. April. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus Sonora, daß die mexikanische Revolution sich ständig ausbreite. Carranza sei in der Stadt Mexiko von drei Seiten eingeschlossen.

Kriegserklärung Japans an Sowjet-Rußland.

Amsterdam, 23. April. „Associated Press“ meldet aus Tokio: Nach Mitteilungen des japanischen Kriegsamt haben die japanischen Truppen bei Chinoowiski in Ost Sibiriens 6500 Bolschewisten eine vernichtende Niederlage beigebracht.

Amsterdam, 23. April. Aus Chabin wird berichtet, daß die japanischen Behörden in der Mandchurie verlangt haben, daß alle dort befindlichen tschekischen Truppen entwaffnet werden.

Amsterdam, 23. April. Den Blättern zufolge meldet „Daily Herald“, Japan habe Sowjet-Rußland den Krieg erklärt und Amerika habe Japan freie Hand in Sibirien gelassen.

Anstalt.

Rapp in Schweden.

Stockholm, 24. April. Seitens der Regierung wurde entschieden, daß Dr. Rapp und freien Fuß zu setzen sei unter der Bedingung, daß er keine Politik treibe oder politische Verbindungen unterhalte. Der Polizeimeister und Polizeipräsident von Stockholm ist beauftragt, Dr. Rapps Aufenthaltsort zu bestimmen.

* Berlin, 24. April. Wie der „B. L.-A.“ aus Kopenhagen meldet, hat die schwedische Regierung beschlossen, die Frage der Auslieferung Rapps vorläufig auf sich beruhen zu lassen. Wie zuverlässig verlautet, soll seine Familie sich bereits auf dem Wege nach Schweden befinden.

Das Urteil gegen Caillaux.

Paris, 23. April. Der Oberste Gerichtshof hat gestern abend im Prozeß Caillaux mit 150 gegen 91 Stimmen den Artikel 78 als anwendbar erklärt, in dem es sich um eine Verbindung mit Angehörigen einer feindlichen Macht ohne Absicht des Verrats handelt. Als Strafe ist Festungshaft vorgesehen. Mit 128 gegen 110 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen sind Caillaux mildere Umstände zuerkannt worden. Allgemein wird angenommen, daß die Strafe als durch die 23 Monate Untersuchungshaft verbüßt erklärt werden wird. Die Kosten des Prozesses werden sich nach Blätterstimmen auf etwa 800 000 Francs belaufen.

Paris, 24. April. Zum Urteil gegen Caillaux ist berichtigt nachzutragen, daß nach dem Spruch des Gerichts die Gefängnisstrafe für Caillaux durch die Untersuchungshaft verbüßt ist. Caillaux wird sich daher von heute ab auf freiem Fuß befinden. Er war bei der Urteilsverkündung nicht zugegen.

Der Generalfstreik in Elsass-Lothringen.

Mühlhausen i. G., 24. April. Die Lage bleibt ruhig. Die Bahnhöfe und die Fabriken sind größtenteils geschlossen. Telegraphen- und Telephonamt halten ihren Dienst aufrecht.

Saargemünd, 24. April. Dem in Lothringen ausgebrochenen Generalfstreik haben sich auch die Eisenbahner, Post- und Telegraphenangestellten von Saargemünd angeschlossen.

Deutschland.

Bildung einer republikanischen Kerntuppe.

* Berlin, 24. April. Mehreren Morgenblättern wird aus München gemeldet, daß sich Reichswehrminister Dr. Geßler über die Bildung einer republikanischen Kerntuppe folgendermaßen geäußert hat: Die Berliner Garnison ist nicht stark genug. Die Regierung muß jedoch imstande sein, nach besonders bedrohten Stellen eine starke und zuverlässige Truppenmacht zu werfen. Es besteht daher die Absicht, in der Nähe von Berlin eine Brigade aufzustellen, die bedingungslos bereit ist, dem Befehl der Regierung zu folgen, wenn die Verfassung in Gefahr ist. Gefinnungsschnüfferei wird im Heer nicht getrieben. Auch monarchistische gestimmte Offiziere haben im Heer Platz, ebenso die republikanisch gestimmten, wenn sie sich unter allen Umständen bereit erklären, für den Schutz der Verfassung einzutreten. Wer sich nicht zur Verfassung bekennt, der muß den Mut haben, zu gehen. Wer ein öffentliches Amt ausübt, muß sich darüber klar sein, daß er seiner Unzufriedenheit nur auf verfassungsmäßigem Wege Ausdruck geben darf. — Nach dem „B. L.-A.“ sagte Reichswehrminister Dr. Geßler in München bei einer Aussprache mit seinen Parteifreunden, der Rapp-Putz sei technisch nicht schlecht vorbereitet, aber psychologisch ein Wahnsinn gewesen. Nach dem Urteil von Sachverständigen war die Grundlage der Organisation der kommunistischen Unruhen im Ruhrgebiet bereits vorhanden. Die Reichsregierung wußte, daß die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen wollten, um von dort aus die ganze mitteleuropäische Kohlenversorgung zu regeln. Diese Absicht hatte Poincare bereits in der „Revue des deux Mondes“ ausgeführt. Die sozialistischen Reichsminister hätten erklärt, der Aufruf zum Generalfstreik sei von unverantwortlicher Seite erfolgt. Die bürgerlichen Minister hätten keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch sie das ganze deutsche Volk zur Abwehr des Rapp-Putzes aufrufen würden. Auch sie würden zum Generalfstreik aufgerufen haben. Gegen die Arbeiterschaft könne in Deutschland nicht regiert werden. Doch müsse diese wissen, daß sie ohne die aufbauende Mitwirkung des Bürgertums verloren sei.

Die Drohung der Brigade Erhardt.

Berlin, 24. April. Zu den über die Brigade Erhardt neuerdings verbreiteten Gerüchten erhält der „Berliner Lokalanzeiger“ eine Darstellung, aus der hervorgeht, daß Vertrauensleute der zweiten Marinebrigade am 1. d. Mts. im Auftrage der Truppen

aus dem Münsterlager zum Reichswehrminister nach Berlin gefahren sind, über die Zustände in der Brigade berichtet und gebeten haben 1) den Kommandeur in seiner Stellung zu belassen unter der Zusage der Truppen, daß die Auflösung der Brigade nach den bisherigen Befehlen erfolgt, 2) sichere Garantie, daß ein Haftbefehl gegen den Kommandeur während der Auflösungszeit nicht rechtskräftig sei. Die Abordnung erklärte, daß nur wenn Erhardt die Auflösung leite, jedem Angehörigen sein gerechter Anspruch zu teil werden werde. Weiter wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die Truppe ihren Kommandeur bei einer etwaigen Verhaftung aus Treue und Anhänglichkeit mit den Waffen schützen werde. Dies sei keine Drohung (?), sondern lediglich eine Warnung gewesen.

Die deutsche Begründung über die Erhöhung des Heeresbestandes.

(W.B.) Berlin, 23. April. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die von der deutschen Regierung den Verhandlungsstaaten überreichte Note über die Dauer der Beibehaltung des 200 000-Mann-Heeres damit begründet, daß 160 000 Mann, die in einzelne Garnisonen über ganz Deutschland verteilt werden müßten, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und damit zur Sicherstellung des Wirtschaftslebens, durch die überhaupt erst die Erfüllung des Friedensvertrags möglich sei, nicht hinreichen würden. Durch eine Verschönerung der Bildung des 100 000 Mann starken Heeres auf einen späteren Zeitpunkt leide die Einheitslichkeit und Festigkeit des Heeres auf das schwerste angesichts der Ungewißheit der Zukunft seiner Angehörigen. Auch ein 200 000 Mann starkes Heer könne als Landmacht weder zur Verteidigung noch zum Angriff gegen eine ausländische Macht in Betracht kommen, ganz abgesehen davon, daß gerade bei äußeren Verwicklungen starke Streitkräfte im Innern des Reichs zur Aufrechterhaltung der Ordnung und gesetzmäßigen Verwaltung notwendig seien. Die beantragte Beibehaltung je eines Bataillons schwerer Artillerie für jede der 12 Infanteriedivisionen und insgesamt 8 Fliegerabteilungen und 4 Eisenbahnkompagnien sei nötig, weil die Erfahrungen gezeigt hätten, daß die Aufklärer ihre Kämpfe nach den Erfahrungen des Stellungskrieges durch Anlegen von Feldbesichtigungen führten und daß dieser Ueberlegenheit gegenüber die Regierungstruppen über gleichwertige oder überwindende Kampfmittel verfügen müßten. Diese müßten sofort zur Stelle sein, um gleich beim Beginn des Kampfes die Moral des Gegners zu brechen. Um die von aufwühlenden Elementen aus politischen Gründen und zur Verhinderung von Truppentransporten versuchte Behinderung des Eisenbahnbetriebs zu verhindern, sei es unbedingt notwendig, über Eisenbahnkompagnien zu verfügen, mit denen der Betrieb für Truppenschiebungen aufrecht erhalten werden könne und die auch in der Lage seien, Bahnzerstörungen wieder herzustellen. Kleine Fliegerformationen werden nur vorübergehend bis zu einer Beruhigung der Lage zur Aufrechterhaltung der Verbindungen und zur Aufklärung beantragt.

Das neue Lebensmitteleinfuhrabkommen mit Amerika.

Berlin, 25. April. Nach längeren Verhandlungen, die infolge der innerpolitischen Vorgänge in der zweiten Märzhälfte eine unerwünschte Unterbrechung erfahren hatten, ist, wie schon kurz gemeldet, zwischen dem Reichseinfuhrstellen und den amerikanischen Packerfirmen ein zweites Abkommen über Lieferung von Fleisch, Speck, Schmalz, Milch und anderem Fett in einer Gesamthöhe von 45 Millionen Dollar gleich 2 1/2 Milliarden Mark auf Kreditbasis zustande gekommen. Die Rückzahlung der 45 Millionen Doll. wird nach einem besonderen Tilgungsplan, beginnend anfangs Mai 1921 bis Mitte 1922 durch die Devisenbeschaffungsstelle erfolgen. Die Lieferung der Waren beginnt sofort. Unter anderem werden sämtliche in Hamburg, Rotterdam, Antwerpen und Standimaven liegenden Bestände der Packerfirmen sofort übergeben. Geliefert werden 250 Mill. Kilo Brotgetreide; für weitere 150 Mill. Kilo Brotgetreide schweben die Kaufverhandlungen. Die Finanzierung ist sicher gestellt. Außerdem werden geliefert: 45 Mill. Kilo ausländisches Fleisch, 50 000 lebende Schweine, 20 000 lebende Rinder, 25 Mill. Kilo Speck, 25 Mill. Kilo Schmalz, 3 Mill. Kilo Käse, 400 000 Kisten Milch zu je 43 Dosen, verschiedene Obstsorten zur Herstellung von ungefähre 50 Mill. Kilo Margarine, 10 Mill. Kilo Reis, 1,2 Mill. Zentner Kartoffeln. Ferner ist die Einfuhr von großen Mengen Springen aus England und den skandinavischen Ländern gesichert.

Das Schmuggelwesen im Westen vermindert.

Berlin, 23. April. Das Loch im Westen darf nach einer Mitteilung aus dem Reichswirtschaftsministerium nunmehr als völlig geschlossen gelten. Bereits am 13. März traf in Berlin die Nachricht ein, daß nach Abmachungen mit den interessierten Entente-Regierungen fortan die Möglichkeit gegeben sei, die deutsche Westgrenze gegen unerwünschte Einfuhr völlig zu schließen. Der Generalstreik und die kommunistische Bewegung im Ruhrgebiet verzögerten leider die für die deutsche Volkswirtschaft so unbedingt notwendigen Maßnahmen. Heute, so wird versichert, sind sie durchgeführt und die Regierung glaubt auch die anderen offenen Stellen unserer Grenze, Schlesien usw., bald verschließen zu können.

Bermischtes.

Zu 6 Monaten Schwiegermutter verurteilt.

ml. Auf ein raffiniertes Mittel des Strafvollzugs ist angeblich ein amerikanischer Richter verfallen, der nach dem Grundsatz, daß man an dem gestraft werden müsse, woran man gesündigt hat, einen der Doppelseite überführten Angeklagten zu der grausamen Strafe verurteilte, sechs Monate mit den beiden Schwiegermüttern zusammenzuleben und deren Unterhalt zu bestreiten. Der Verurteilte brach, wie amerikanische Blätter ganz ernsthaft melden, nach der Verurteilung des Urteils vernichtet zusammen und bat flehentlich, ihn lieber auf unbestimmte Zeit ins Zuchthaus zu schicken, ihn dort in harte Fesseln zu legen und bei Wasser und Brot in Einzelhaft zu halten. Aber der Richter blieb unerschütterlich und entließ den Gebrochenen in

Antilige Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist in Gärtingen (Oberamt Herrenberg) ausgebrochen. In den 10-Km-Umkreis fallen vom hiesigen Bezirk die Gemeinden: Calw, Althengstett, Altbilad, Dachtel, Deckenpfronn, Gehingen, Holzbronn, Neuhengstett, Oelsheim, Simmozheim, Sonnenhardt und Stammheim. Ferner ist die Seuche ausgebrochen in Loßburg (O.A. Freudenstadt). Oberamt: Calw, den 23. April 1920. Bögel, Amtmann.

Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist weiterhin ausgebrochen in Merklingen und Wimsheim (Oberamt Leonberg). In das Beobachtungsgebiet fallen die Gemeinden Simmozheim und Mötzingen. Aus diesen darf Klauenvieh nicht entfernt werden; ebenso ist das Durchtreiben von Klauenvieh und das Durchfahren mit Vieherläufergespannen durch diese Gemeinden verboten. In den 10-Kilometer-Umkreis fallen folgende Gemeinden:

Calw, Althengstett, Dachtel, Deunzucht, Gehingen, Hirsau, Liebenzell, Monatam, Neuhengstett, Ottenbronn, Stammheim, Unterhaugstett und Unterreichenbach.

Bei der Zunahme der Seuche in nächster Nachbarschaft des hiesigen Bezirkes werden die beteiligten Kreise auf strenge Einhaltung aller Maßnahmen hingewiesen, die ein weiteres Vordringen der Seuche verhindern sollen. Es ist dies im Interesse der Erhaltung des Viehstandes und der ohnehin schon schwierigen Fleischversorgung der Bevölkerung unbedingt erforderlich. Oberamt: Calw, den 23. April 1920. Bögel, Amtmann.

Bergütung von Kriegsteilnehmern.

Gemäß Art. 21 Abs. 3 des Gesetzes über die Kriegsteilnehmern vom 13. 6. 1873 (RGBl. S. 121) werden die Gemeinden

Deckenpfronn, Hirsau, Martinsmoos und Stammheim aufgefordert, ihre Anerkennnisse über Bergütung und zwar:

Deckenpfronn für Naturalquartier und Stallung für die Monate November und Dezember 1918,

Hirsau (für Ernährhilfe) für desgleichen im Monat November 1918,

Martinsmoos für desgleichen im Monat November 1918,

Stammheim für desgleichen im Monat November 1918,

der Oberamtsstelle Calw behufs Empfangnahme von Kapital und Zinsen vorzulegen. Oberamt: Calw, den 21. April 1920. Bögel, Amtmann.

die Hölle der beiden Schwiegermütter. — Wenn die Geschichte nicht wahr ist, richtet sie zweifellos von einem her, der unter Schwiegermütterverfolgungswahn leidet.

Das Ergebnis eines Kettenhandels.

Die Verhaftung von zehn Weinkommissionären von Neustadt und Nußbach in der Pfalz wegen Kettenhandels erregt in der Pfalz allgemeines Aufsehen. Oberländer Wein, der für 8000 Mark das Fuder von dem ersten Besitzer verkauft wurde, ging durch die Hände der zehn verhafteten Weinkommissionäre und wurde schließlich als Ungsteiner für 12 000 M. das Fuder dem ersten Besitzer wiederverkauft, ohne daß er den Keller des ersten Verkäufers verlassen hatte. Dieser war daher sehr erstaunt, als er nach Abschluß des Kaufs erfuhr, daß der von ihm gekaufte angebliche Ungsteiner Wein als Oberländer Wein in feinem eigenen Keller liege.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 24. April 1920

Staubesamtliche Nachrichten der Stadt Calw.

Geburten: 1) 13. April: Emilie, Tochter des Johann Georg Erhardt, Fabrikarbeiter; 2) 16. April: Gotthilf Friedrich Wilhelm, Sohn des Friedrich Gottlieb Vuhed, Eisenbahnhilfsarbeiter; 3) 18. April: Paul Gottlieb, Sohn des Karl Josef Halb, Hilfsarbeiter.

Eheschließungen: 1) 10. April: Wilhelm Bühner, Monteur und Dorothea Eberhardt, Tochter des verfl. Johann Georg Eberhardt; 2) 15. April: Karl Johannes Werner, Hauptlehrer und Helene Knecht, Kaufmannstochter; 3) 16. April: Otto Schurr, Landwirt und Pauline Bauer, Landwirtstochter.

Sterbefälle: 1) 10. April: Maria Katharine Keller, geb. Koch, Spinmeister's Wwe., 80 1/2 Jahre alt; 2) 11. April: Medizinalrat Dr. Eberhardt Karl Wilhelm Müller, 76 Jahre alt; 3) 11. April: Maria Beznor, geb. Klebe, 73 1/2 Jahre alt; 4) 15. April: Karl Julius Kopp, Apotheker, 65 1/2 Jahre alt; 5) 18. April: Fanny Anna Hammer, Konditorstochter, 22 1/2 Jahre alt; 6) 20. April: Karl Maier, Bahnwärter a. D., 74 1/2 Jahre alt; 7) 23. April: Jakob Mast, Bauer, 43 Jahre 7 Monate alt aus Sonnenhardt, O.A. Calw; 8) 22. April: Anna Barbara Delschläger, Tochter des Schreiners Gottlieb Friedrich Bud von hier, 23 1/2 Jahre alt.

Kinderehreranstalt Stammheim.

Man schreibt uns: Die Anstalten des Landes, die im Dienst der inneren Mission stehen, haben zur Zeit allgemein unter den hohen Waren- und den gesteigerten Lebensmittelpreisen zu leiden und deshalb mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch unsere benachbarte Kinderehreranstalt Stammheim hat im verflochtenen Rechnungsjahre, wie uns berichtet wird, mit einem Abmangel von 13 137,54 M. abgeschlossen. Für die 55 Kinder der Anstalt, vorunter sich heuer 15 Konfirmanden befunden haben, waren allein für die nötigen Kleider- und Weiszeugbedürfnisse 19 462 M. aufzuwenden. Erhöhung der Kostgebler kann nicht immer eintreten, da auf die Leistungsfähigkeit der Zahlungspflichtigen Rücksicht genommen werden muß, daher werden freiwillige Liebesgaben dankbar angenommen.

Brotnot

Auf Veranlassung der Reichsgetreidestelle werden Teigwarenfabriken, die Kubeln und Makkaroni herstellen, stillgelegt, da Mehl nicht mehr geliefert werden könne und die vorhandenen Vorräte zur Brotbereitung verwendet werden müssen.

Das neue Landtagswahlgesetz.

Der Entwurf eines Landtagswahlgesetzes liegt nunmehr vor. Die wesentlichen Bestimmungen sind folgende: In 24 Wahlkreisen Württembergs sind 101 Abgeordnete im Wege der Verhältniswahl zu wählen. Die Abgeordnetenliste sollen verteilt werden nach dem

Verhältnis der im ganzen Land für die einzelnen Parteien insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen. In den einzelnen Wahlkreisen werden Kreiswahlvorschlagslisten aufgestellt, die allein als Grundlage der Abstimmung dienen. Die Summe der im ganzen Land auf alle Kreiswahlvorschlagslisten abgegebenen gültigen Stimmen, geteilt durch die 101 Abgeordnetenliste, ergibt die Verteilungszahl (Wahlzahl). Jede Kreiswahlvorschlagsliste, die die Wahlzahl oder ein Mehrfaches an Stimmen erreicht hat, erhält die entsprechende Anzahl von Sitzen zugeteilt. Jede Partei wird damit rechnen können, in den einzelnen Wahlkreisen einen, höchstens zwei Abgeordnete durchzubringen, mit Ausnahme von Stuttgart-Stadt. Die Größe der Wahlkreise ist durchschnittlich auf 100 000 Einwohner bemessen. Die Zusammenlegung ist nach geographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Die Verwertung der bei der ersten Sitzverteilung auf die Kreiswahlvorschlagslisten verbliebenen Reststimmen erfolgt auf dem Weg über Landesvorschlagslisten. Während die Kreiswahlvorschlagslisten bis zu 6 (Stuttgart bis zu 18) Bewerber enthalten dürfen, können auf der Landesvorschlagsliste beliebig viele Bewerber stehen, denn diese Liste dient nur zur Verwertung der Reststimmen. Werden die verfügbaren Sitze durch die Verteilung nach dem Kreiswahlergebnis nicht erschöpft, so fallen die letzten Sitze den größten hierbei verbliebenen Restzahlen zu. Die Wahlvorschläge müssen 12 Tage vor dem Wahltag eingereicht werden. Jeder Wähler hat eine Stimme. Die amtlich hergestellten Stimmzettel können nur unverändert abgegeben werden. Die Streichung oder Befügung von Namen wird nicht beachtet. Die Kosten der örtlichen Vorbereitung und Durchführung der Wahlen sind von den Gemeinden zu tragen. Bemerkenswert ist noch, daß die bei der Reststimmenverwertung zu verteilenden Sitze nicht ausschließlich an die an sie angeschlossenen Kreiswahlvorschlagslisten wieder zurückübertragen werden. Die einzelnen Wahlkreise sind: 1. Stuttgart (Stadtdirektionsbezirk) 309 197 Einwohner, 2. Oberamt Göttingen und Gansstadt 94 910 E., 3. Stuttgart-Umt und Oberamt Böblingen und Leonberg 125 570 E., 4. Oberamt Ludwigsburg und Marbach 89 040 E., 5. Oberämter Besigheim, Bradenheim, Maulbronn und Baihingen-Enz 104 018 E., 6. Oberamt Heilbronn und Redarsulm 113 194 E., 7. Oberämter Hall, Künzelsau, Dehringen und Weinsberg 108 219 E., 8. Crailsheim, Gerabronn und Mergentheim 83 080 E., 9. Waiblingen, Gaildorf und Waiblingen 83 949 E., 10. Alfen, Ellwangen und Neresheim 89 742 E., 11. Gmünd, Schorndorf und Weisheim 94 973 E., 12. Göttingen und Geislingen 103 449 E., 13. Rülkingen, Kirchheim und Urach 99 847 E., 14. Reutlingen und Münsingen 84 822 E., 15. Tübingen, Herrenberg und Rottenburg 102 697 E., 16. Calw, Nagold und Neuenbürg 90 036 E., 17. Freudenstadt, Horb und Oberndorf 96 236 E., 18. Waiblingen, Spaichingen und Sulz 84 722 E., 19. Rottweil und Tuttlingen 84 955 E., 20. Ulm und Heidenheim 125 941 E., 21. Ehingen, Mauterbrunn und Laupheim 80 301 E., 22. Würrtemberg und Nördlingen 97 078 E., 23. Ravensburg und Tettnang 84 615 E., 24. Waldsee, Leutkirch und Wangen 86 580 E.

Die Ernährungsfragen im volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Landtags nahm am Donnerstag seine Sitzungen wieder auf, um die allgemeinen Ernährungs- und Wirtschaftsfragen, wie sie in den Anträgen der Parteien niedergelegt sind, zu beraten. Ein Vertreter des Bauernbundes begründete den Antrag auf Abschaffung der Zwangs- und Wirtschaft. Sie sei die Ursache der Unzufriedenheit auf dem Lande, Höchstpreise seien undurchführbar, der freie Markt wirke regulierend. Die Versorgung der Verbraucher werde durch die Beseitigung der Zwangswirtschaft besser, allerdings auch teurer. — Ernährungsminister Graf gab sehr eingehende Darlegungen über die Ernährungslage. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sei nie schwieriger gewesen als jetzt. Die Ablieferung von Lebensmitteln seitens der Landwirte habe nachgelassen, auch würden weniger lebensnotwendige Pflanzen angebaut. Dies sei auf die Agitation von gewisser Seite zurückzuführen. Die Viehhaltung an die Feinde habe die Ernährung noch weiter erschwert. Eine dauernde Senkung der Lebensmittelpreise durch Reichszuschüsse sei unmöglich. In der Lebensmittelversorgung sei Württemberg auf die Zuweisungen vom Reich angewiesen. Bis 15. März wurden im Lande 500 000 Doppelzentner Brotgetreide abgeliefert, beim Reich habe man noch ein Guthaben von 24 000 D. Gerste könne nicht mehr für Raffeezwecke freigegeben werden. Der Minister empfiehlt hierfür die Verwendung von Erbsen, die frei bewirtschaftet werden. Die Brauereien haben nur 5 Proz. des Lieferungsolls erhalten. An Kartoffeln seien 650 000 Ztr. nach dem Verteilungsschlüssel des Reiches zu wenig geliefert worden. Die Milchlieferung habe sich gebessert, die Fleischversorgung sich verschlechtert und werde vor dem Herbst nicht besser werden. Auch die Zuckerausichten sind trostlos. Eine Monatsration an Zuder hätte möglicherweise ausfallen. Der Reichswirtschaftsminister habe den Wärmeladefabriken 1 Million Ztr. Zuder zugewiesen, aber noch sei Vorrat vom Jahre 1919 vorhanden. Der Minister habe in Berlin dringend gebeten, Zuder statt Marmelade zuzulassen. Es sei keine Aussicht auf Erfüllung dieses württembergischen Wunsches vorhanden. Für Einfuhr fehlen die Zahlungsmittel. Die Zwangswirtschaft könne gegenwärtig unmöglich aufgehoben werden. Einen Weg, wie die Bevölkerung bei Aufhebung der Zwangswirtschaft die Lebensmittel aufstreifen solle, hätten der Bauernbund und die Bürgerpartei nicht gezeigt. Die Kosten der Lebenshaltung würden bei freier Wirtschaft pro Tag und Person auf 95 M. steigen. Die Preisbildung beim Hafer bilde ein Beispiel für freie Wirtschaft. Auch die Genossenschaften können keine Garantie für gute Ablieferung geben. Der Minister bittet deshalb, die Anträge des Bauernbundes nach Aufhebung der Zwangswirtschaft, abzulehnen. Die Vertreter der Deutschen Demokratischen und Sozialdemokratischen, sowie der Zentrums-Partei sprachen sich gegen die Anträge des Bauern-

bundes
U. S. B.
teien zu
Bespred
Der
Fortseht
stimmun
stielten
wirtscha
schlagna
nierung
für das
Stimme
verfessl
die Ein
um den
Dieser
weil m
für gee
noch di
der grö
Diele A
Abg. K
müsse e
tere A
beständ
falls h
B
(für die
Fernspe
Ge
4 Mäd
Housl
1 Holz
1 junger
1 Schmi
2 Wafch
2 Zimm
D
Arbeitsa
Mon
Freit
Cal
Sm
eingetrag
schäft m
Sommer
Gesellsch
des Unter
aller Ari
wertung
schaft dar
zwecken
schäft
dauert je
schäfter
schaft dur
der Gele
Geschäfts
mit eine
Sägermerk
Rola St
betragt 2
Den
Die
20. ds. W
zum Verk
Am
Stadtwa
und Dal
2
10
mit zu
48
Zusan
Das Calw

Sonntag, den 2. Mai 1920, abends 8 Uhr
im Saal der früh. Brauerei Dreiß
**2. Kammermusik-Abend
des Kaim-Quartetts**
Franz Kaim, Wolfgang Pfeleiderer,
Rudolf Jetter, Hermann Mayer.
Eintrittskarten num. Platz 3.50 Mk., offener Platz
Mk. 2.50. Im Vorverkauf bei Herrn Buchhändler
Kirchherr und an der Abendkasse.

Lichtspieltheater „Bad. Hof“.
Morgen Sonntag mittag 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr:

**Professor Nissens
seltsamer Tod.**

Großes Sensations-Detektiv-Drama
in 5 Akten.

Aus dem Inhalt: Erinnerungen an die süd-
amerikanischen Pampas. — Im gelben
Teufel. — Die Tänzerin. — Ein süd-
amerikanisches Hochstaplerpaar. — Die
Giftdrüse. — Das Vermächtnis des
Indianers. — Tod. — In New-York. —
Der Plan für die Silbermine. — Auf
richtiger Fährte usw. — Selten abwech-
slungsreiche spannende Handlung.

Hierzu das Lustspiel in 2 Akten

Mord in der Kohlenmessergasse.

Marmorwerk Hirsau

Inhaber: Emil Majer

liefert als Spezialität

**Waschtischauflage
und Nachttischplatten**

in weiß und farbig.

Prima Qualität, kürzeste Lieferzeit

Bodenöl

Neu eingetroffen:

Weiweiß und bunte Farben in 1a. Leinöl
abgegeben, Dosen zu 1, 2 1/2 und 5 kg,

Emallack weiß, Fußbodenlack in gelber
und rötlichbrauner Farbe, Dosen zu 1 kg,

Möbel- und Dekorationslack, hellgelb,

Eisenlack, Herblack grün und rotbraun, bei

Carl Serva, Fernsprecher

Nr. 120.

Stahlpäne u. Bodenwische.



Ruf's Heidelbeeren mit Zu-
taten. Pakete zu 100 Liter
M. 42.50
mit Süßstoff 100 Liter
M. 6.00 teurer.

Ruf's Kunstmotensatz mit
Heidelbeersatz und mit
Süßstoff kostet zu 100 Liter
Mk. 22.— und zu 50 Liter
Mk. 12.— per Flasche.
Ferner Kunstmotensatz mit
Heidelbeersatz, mit und
ohne Süßstoff, in Flaschen
zu 50 und 100 Liter.

Niederlagen:
Friedrich Lamparter, Calw.
Emil Körner, Hirsau. Fr.
Oswald, Liebenzell. Carl
Stralle, Althengstett. Gott.
Sattler, Stammheim. Gottl.
Walz, Deckenbronn.

Zu kaufen gesucht
ein Haus mit kleinem
Geschäft, Laden od. Wirt-
schaft, auch etwas Land-
wirtschaft dabel, in einem
Ort möglichst nahe an einer
Bahnlinie. Barzahlung resp.
große Anzahlung.
Angebote schriftlich mit ge-
nauer Angabe des Ortes,
des Preises und der Art des
Anwesens an die Geschäfts-
stelle des Blattes. Käufer
verhandelt selbst.

**Kaufe ständig
Fleisch
u. gefall. Vieh,
jeder Art, zu Fisch-
futterzwecken**

Ankauf amtlich erlaubt.
H. Gropp, Rohrdorf.
Kraus. Telefon 60

Mädchen
auf 1. oder 15. Mai
gesucht.
Fr. Schaufelberger,
Untere Markstr. 84.

Achtung! Gemeindegewerkschafter!

Sonntag Nachmittag 4 Uhr, findet im Gasthof
zum „Schiff“ in Calw eine
Öffentliche Versammlung
aller bei der Stadt beschäftigten Arbeiter
statt, zwecks Zusammenschluß zur einheitlichen Organisation!
Referent: **Gauleiter Altvater - Stuttgart.**
Kein Gemeindegewerkschafter darf bei dieser Versammlung fehlen.
Detauschuß Calw d. Allg. D. Gewerkschb., Bischoff, Vor.

Bezirks-Obstbauverein Calw.



Morgen Sonntag nachmittags 2 Uhr
**Versammlung
in Zavelstein.**
(Sammlung beim „Lamm“.)

Tagesordnung: 1. Praktische Demonstration.
2. Vortrag über Obstbau.

Zu dieser Versammlung werden alle Freunde des Obst-
baus von Zavelstein und den benachbarten Orten freund-
lich eingeladen.

Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verein
Ortsgruppe Calw.**

Montag, den 26. April, findet im Gasthaus zum
„Schiff“, abends 7 1/2 Uhr,

Mitglieder-Versammlung

statt. Tagesordnung:
Neuwahl der Ortsvertrauensleute.
Besprechung des neuen Kollektivabkommens.
Verschiedenes.

Das Erscheinen der Betriebsvertrauensleute und sämt-
licher Mitglieder wünscht die Ortsverwaltung.

Spa- und Vorschussbank Calw
An- und Verkauf von Wertpapieren.



Wer
seine Wäsche schoner,
Arbeits-, Feuerung und Geld sparen und
weniger Seife gebrauchen will,
verwende
BURNUS
zum Einweichen der Wäsche.

Hersteller: Chemische Fabrik Röhre & Gase in Darmstadt.

**Tüchtigen,
zuverlässigen Langholzfuhmann**

zum sofortigen Eintritt bei hohem Lohn gesucht.
Louis Barth, Sägewerk, Calmbach.

Langholzfuhmann,

tüchtiger, gegen Höchstlohn zum sofortigen Eintritt gesucht,
ebenso finden

3 Plabarbeiter

lohnende Beschäftigung.
L. Woll, Dampfjägewerk, Pforzheim-Dillstein.

**Lehrlinge,
Lehrmädchen
und Hilfsarbeiterinnen
gesucht.**

Bereinigte Stuisfabriken Unterreichenbach.

Tüchtiges
Mädchen
auf 1. oder 15. Mai
gesucht.
Fr. Schaufelberger,
Untere Markstr. 84.

Laufmädchen
für 2 Stunden vormittags
gesucht, oder auch jemand
d. Pugen Samstags.
Frau Oberpostsekretär
Honecker.

**Bodenöl
Motorenöl
Wasserglas
Linoleumwische**
empfehlen in prima Qualität
E. Staab, Liebenzell.

**Altpapier
kauft**

zu den höchsten
Tagespreisen.

Größere Posten werden
abgeholt.

Aug. Walz, Buchbinderei,
Altbürgerstraße.

Zu verkaufen:
1 ältere hölzerne

Bettstelle.

A. Fischer, Hirsau.



Guterhaltenes
Fahrrad

mit Bereifung zu verkaufen
Fr. Diegler, Rötendach.

Ein guterhaltenes

Fahrrad
mit neuer Bereifung
verkauft

Gustav Schöttle,
Oberhangkett.



Ein noch guterhaltenes
Fahrrad

mit ganz neuer Bereifung
ist zu verkaufen
Stuttgarter-Strasse 630.

Gutempfohlenes
Mädchen

nicht unter 20 Jahren zu
kleiner Familie bei guter
Behandlung gesucht. Monatl.
Lohn 60 Mark.

Frau Redakteur Winter,
Pforzheim,
Kaiser Wilhelmstraße 7.

Mädchen-Gesuch.

Zum sofortigen Eintritt

ein Küchen-

und ein

Zimmermädchen

bei hohem Lohn gesucht.

Näheres Hotel Krone,
Pforzheim, Marktplatz 11.

Feuerwehr-

diener

gesucht.

Anmeldungen bis 20. ds.

an Kommandant Georgii.

Wer übernimmt fortlaufend.

Sammeln von

Brombeer-

Blättern

und anderen zu Tee ge-
eigneten Heilpflanzen, gegen
gute Bezahlung. Angebote an
Eugen Heller, Magstadt
b. Stuttgart. C. 7.

Sehr solides Fräulein aus
guter Familie sucht leichte
schriftliche Heimarbeit
bei bescheidenen Ansprüchen
in Calw oder Umgebung.
Nur schriftliche Angebote
sind unter N. R. 100 an
die Geschäftsstelle d. Blattes
zu richten.

Statt Karten.

Bertha Wiedenmayer

Fritz Bauer

Verlobte

Zavelstein

Schwab. Gmünd.

Gesangsunterricht

erteilt

Frau Marie Fromm

Schießberg 310.

Geschäfts-Eröffnung.

Der verehrlichen Einwohnerschaft von Calw
und Umgebung die ergebenste Mitteilung, daß ich
heute in der

Bahnhofstraße Nr. 573

meinen

Damen-Frisier-Salon

eröffnet habe.

Ich bitte die verehrlichen Damen, hiervon Kennt-
nis zu nehmen und mein junges Unternehmen durch
ihren Besuch zu unterstützen.

Mit der Zusicherung aufmerksamster Bedienung
selbsten hochachtungsvoll

Sophie Bippus.

Zur Ausführung
**elektrischer Licht- und
Kraftanlagen**

empfiehlt sich

Adolf Braun, Installationsgeschäft.

Einige

Drehstrommotore

3 PS., 220 Volt, hat zu verkaufen

der Obige.



Alle Musikinstrumente
für Haus und Orchester von
den einfachsten Schülern bis
zu den feinsten Künstler-
Instrumenten, aller Zubehör,
Saiten u. s. w. in reichster
Auswahl empfiehlt

Musikhaus Curth,
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Arkadenkieselschloß-Kochbrücke
Großhandlung Einzelverkauf
Gebrauchte Grammophon-
Platten und Bruch werden
zu höchsten Tagespreisen
angekauft. Ausführung aller
Reparaturen und Stimmen.

**Glühlampen,
Metalldraht- und
Rohlelektrodenlampen**

220 Volt, ebenso elektr.

Bügeleisen,

ca. 3 kg schwer, vernickelt,
komplett m. Zuleitung liefert
zum Preise von Mk. 130.—.

Zwischenderkauf vorbehalten.
Paul Felger, Mannheim
Heinrich Langstr. 23.

G ä c k e einmal gebr.
amerikan.
Mehlsäcke, garant. loch-
frei p. Stück M. 16.—.
1a. neue Zuteckäcke
2 1/2 Ztr. fassend, per
Stück Mk. 30.—, versendet
unter Nachnahme
H. König, Essingen
bei Aalen.

Verkaufe ein fast neues
Louren-Rad

m. Freilauf, ohne Bereifg.
sowie 1 zweireihige, fast neue

Zieh-

harmonika.

Karl Handie, Ernstmühl.

Ein guterhaltener lederner

Knaben-

Bücherranzen

ist zu verkaufen

Markt 14.

Einem noch guterhaltenen

Kindermwagen,

oder

Liege-Sportwagen

sucht zu kaufen

Frau Pregitzer, Hirsau.